

spielsweise eine Ausbildung im Pflegebereich zu machen oder sich bei der Feuerwehr, in der Flüchtlingshilfe oder im Umweltschutz zu engagieren? Über Entsolidarisierung wurde schon immer geklagt, aber durch die Krisen werden die Abstände zwischen den Gruppen von Gewinnern und Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklungen empirisch messbar größer: Kinder, die nach dem Homeschooling besser lesen und rechnen können, und Kinder, die nach dem Homeschooling schlechter lesen und rechnen können; Senioren, die nach der Gebäudesanierung Heizkosten sparen, und Senioren, die nach der Gebäudesanierung die Mietkosten nicht mehr zahlen können; mobile Großstädter, deren Lebensqualität als Folge der Globalisierung steigt, und ortsgebundene Landbewohner, deren Lebensqualität als Folge der Globalisierung sinkt; Haushalte, für die steigende Gaspreise bedeuten, dass sie sich kein frisches Obst und Gemüse mehr leisten können, und Haushalte, für die steigende Gaspreise keine spürbaren Folgen haben; Menschen, die aufgrund der Energiewende dauerhaft ihren Job verlieren, und Menschen, die aufgrund der Energiewende in ihrem Traumjob arbeiten können.

Besonders problematisch im Blick auf die Zukunft unserer Demokratie sind die Spaltungsphänomene, die der Bundespräsident als schärfer und unversöhnlicher gewordene Auseinandersetzungen sowie Nicht-Herauskommen aus der eigenen Blase beschreibt. Der »Putin-Versteher« redet längst gar nicht mehr mit dem »Kriegstreiber« (und umgekehrt), der »Gutmensch« nicht mehr mit dem »Nazi«, der »Klimaleugner« nicht mehr mit dem »Öko-Terroristen« und der »Covidiot« nicht mehr mit dem »Panikmacher«. Und da die

entsprechenden Meinungsmilieus häufig mit den Gewinner- und Verlierergruppen korrelieren, wachsen die Kluft und das gegenseitige Unverständnis zwischen Oben und Unten. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist also begründet und die Suche nach Instrumenten, die diesen Zusammenhalt stärken können, eine Notwendigkeit. Viele haben noch positive Erinnerungen an den Wehr- und Zivildienst, der seit 2011 ausgesetzt ist. Die Mehrheit der damals zum Dienst Verpflichteten denkt gerne an diese Zeit zurück, als man zwischen Schule und Berufsleben die Möglichkeit hatte, sich zu orientieren, seine Persönlichkeit zu entwickeln, viel Praktisches zu lernen und vor allem: etwas Sinnvolles zu tun. Man begegnete – oft zum ersten und für lange Zeit auch vorläufig letzten Mal im Leben – Menschen aus anderen Milieus, Menschen in sozialen Notlagen oder Menschen mit Behinderung und hatte Gemeinschaftserfahrungen mit ihnen. So lernte man neue Perspektiven kennen, entwickelte Verständnis für andere und verringerte Vorurteile. Außerdem bekamen viele Beteiligte Lust auf freiwilliges Engagement sowie auf eine berufliche Zukunft in der Bundeswehr oder im Sozialbereich. Und auch viele Personen, die selbst nicht dienstpflichtig waren, kennen in ihrem Umfeld Menschen, denen der Dienst gutgetan hat. Dass es sich hierbei nicht nur um eine rückblickende Romantisierung handelt, belegen zahlreiche empirische Studien, auf die in den Thesen 17, S. 177 und 18, S. 190 näher eingegangen wird. Insofern ist es durchaus nicht abwegig, dass viele die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für eine gute Idee halten, um den genannten Problemen zu begegnen. Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland (in

These 8, S. 58 werden die Umfragen näher dargestellt) sehen in einem sozialen Pflichtdienst eine große Chance für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Krisenresilienz.

Eine solche allgemeine Dienstpflicht hätte viele Gemeinsamkeiten mit dem früheren Wehr- bzw. Zivildienst, wäre jedoch auch etwas grundsätzlich Neues (nicht nur im juristischen Sinne). Sie würde im Blick auf die konkreten aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen begründet und ausgestaltet, alle jungen Erwachsenen eines Jahrgangs unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer Herkunft einbeziehen und vielfältige gleichberechtigte Wahlmöglichkeiten des Engagements bieten. Aufgrund der dafür notwendigen Grundgesetzänderung (vgl. These 7, S. 51) bedarf es eines parteiübergreifenden großen gesellschaftlichen Konsenses, der erst am Ende eines intensiven Diskussionsprozesses stehen könnte, zu dem dieses Buch einen Beitrag leisten möchte. Dieser Diskussionsprozess hat längst begonnen, und viele Argumente für und gegen eine Dienstpflicht wurden bereits an verschiedenen Stellen differenziert dargestellt. Einerseits würde die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht einen Eingriff in die selbstbestimmte Lebensplanung junger Menschen darstellen und erhebliche Kosten sowie Organisationsaufwand verursachen. Manche argumentieren außerdem, dass soziale Lernprozesse absolute Freiwilligkeit voraussetzen (vgl. dagegen These 17, S. 177), oder weisen auf die Gefahr verzerrender Arbeitsmarkteffekte hin. Auch ist der Einwand, dass sich durch eine Dienstpflicht der Fachkräftemangel im Sozialbereich nicht lösen lässt, berechtigt (vgl. These 11, S. 123).² Andererseits könnte eine

allgemeine Dienstpflicht einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Bereitschaft und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement liefern und somit unsere Demokratie stützen.³ Außerdem erhoffen sich manche durch sie eine Verbesserung der Fähigkeit der Gesellschaft, auf Krisen und Katastrophen zu reagieren, indem das Bewusstsein für die individuelle Verantwortung des Bürgers gefördert und die Träger des Zivilschutzes sowie die Sicherheitsorgane personell gestärkt würden. Diese unterschiedlichen Aspekte gilt es im Folgenden näher zu beleuchten und abzuwägen.

*

These 2:

Die politische Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht hat eine lange Geschichte. Eine direkte politische Initiative zu deren Einführung gab es bisher in Deutschland zwar nicht, aber unzählige öffentliche Forderungen durch Politiker unterschiedlicher Parteien sowie Prominente (zuletzt besonders öffentlichkeitswirksam durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier). Lange fand die Diskussion im Kontext möglicher Reformen des Wehr- und Zivildienstes statt. So wurde eine Dienstpflicht zunächst gefordert, um durch die gleichberechtigte Wahlmöglichkeit den Zivildienst aufzuwerten, später um den wegfallenden Zivildienst zu kompensieren. Dass das Thema heute davon entkoppelt diskutiert werden kann, ist eine Chance.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte tauchte der Vorschlag einer allgemeinen Dienstpflicht bzw. eines sozialen Pflichtjahres immer wieder auf. Und zwar so regelmäßig, dass der Journalist Rainer Hank schon im Jahr 1990 kritisch anmerkte, dass die dadurch angestrebten Ziele beinahe beliebig zu sein scheinen, je nach tagespolitischer Herausforderung.⁴ Allerdings gab es nie eine direkte politische Initiative zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht auf Bundesebene. Als im Jahr 1955 die Bundeswehr gegründet wurde, entschied sich die Regierung für eine allgemeine Wehrpflicht (für junge Männer), da sie glaubte, nur auf diese Weise eine ausreichend große Anzahl an Soldaten zur Landesverteidigung angesichts der Bedrohungslage durch den Kalten Krieg aufstellen zu können. Die allgemeine Wehrpflicht moderner Art entstand in Frankreich zur Zeit der Französischen Revolution. Preußen übernahm sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als sich die Befreiungskriege abzeichneten. Nach der erfolgreichen Befreiung Preußens von der napoleonischen Fremdherrschaft erfreute sich die Wehrpflicht entsprechend dauerhaft großer Zustimmung, bestand im Kaiserreich fort und wurde nach dem Verbot einer Wehrpflicht durch den Versailler Vertrag von den Nationalsozialisten wieder eingeführt. Seit dem Bestehen der Bundeswehr wurde kontrovers über mögliche Alternativen zur Wehrpflichtarmee debattiert, wobei die Alternativen einer Freiwilligenarmee sowie einer allgemeinen Dienstpflicht stets eine besonders wichtige Rolle spielten. Zur Zeit des Kalten Krieges waren diese Alternativen jedoch niemals mehrheitsfähig. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnte damals aufgrund der militärischen Bedrohung